



Bern, 22. August 2019

Es gilt das gesprochene Wort!

## **Jahresmedienkonferenz 2019 Städteverband**

### **Nationalrat Kurt Fluri, Präsident Schweizerischer Städteverband**

Ich begrüsse Sie ebenfalls herzlich zur diesjährigen Jahresmedienkonferenz und danke Ihnen für Ihr Erscheinen.

Unsere Direktorin, Frau Renate Amstutz hat es erwähnt, im Zentrum unserer Pressekonferenz von heute Morgen stehen die Agglomerationen. Diese mehr und mehr städtisch geprägten Räume werden in unserer Einschätzung nach wie vor massiv unterschätzt – unterschätzt, was ihr Potential angeht, aber auch unterschätzt, was ihre Bedeutung betrifft.

Das Gebiet der Agglomerationen umfasst in unserer Definition das Umland der Kernstädte, das sowohl aus Städten sowie städtisch geprägten Gemeinden besteht. Die Erstwahrnehmung der Agglomeration ist oftmals negativ. Zu Unrecht, wie wir finden. Agglomerationen sind nicht Anhängsel der Kernstädte, sondern Städte der Zukunft. Sie erbringen bereits heute grösste Leistungen in Wirtschaft, Wachstum und Integration. Und sie haben grosses Potenzial. Das Raumplanungsgesetz verordnet explizit ein Wachstum gegen innen. Während Stadtzentren und viele Stadtquartiere bereits dicht bebaut sind, haben viele Agglomerationsgemeinden noch Potenzial für Wachstum, Erneuerung sowie Siedlungs- und Arealentwicklung – Potenzial also, sich zu eigentlichen Chancenräumen zu entwickeln.

Mit Unterstützung des Bundesamtes für Statistik haben wir das Bevölkerungswachstum in den Agglomerationen in den letzten 35 Jahren ((1982 bis 2017)) genauer unter die Lupe genommen:

- In diesem Zeitraum ist die gesamte Schweizer Bevölkerung um ein Drittel ((32,4%)) gewachsen.
- In der Karte, die Sie hier sehen, sind sämtliche Gemeinden mit einem Bevölkerungswachstum über dem Schweizer Durchschnitt grün abgebildet – dunkelgrün die Gemeinden mit sehr intensivem Wachstum.
- Legen wir nun die 49 Agglomerationen über die Karte, so sehen wir, dass das Bevölkerungswachstum insbesondere in den Agglomerationen und agglomerationsnahen Gebieten stattgefunden hat. Die Kernstädte verzeichneten weniger Wachstum. Bemerkenswert ist aber, dass sie seit der Jahrtausendwende überhaupt wieder wachsen.

Das Gebiet der Agglomeration dehnte sich in der letzten Zeit weiter aus. Aufgrund der Vorgaben im Raumplanungsgesetz wird sich das Wachstum nun wieder gegen innen verlagern. Es ist zu erwarten, dass sowohl Kernstädte wie auch Agglomerationsgemeinden ein weiteres Bevölkerungswachstum absorbieren müssen. Es gilt daher, diese Räume gemeinsam zu betrachten und gleichzeitig ihre Unterschiede zu respektieren..

Die Agglomerationen sind bereits heute mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert wie Kernstädte – denken wir an die überlasteten Verkehrsnetze, die sozialen Lasten, die Dienstleistungsangebote in den Ortszentren, die unter Druck stehen, fehlende Betreuungsangebote, die Skepsis der Bevölkerung gegenüber Wachstum oder die Gefahr von Verdrängung und Gentrifizierung.



Dennoch stellen wir fest, dass die Agglomerationen zu wenig politische Aufmerksamkeit erhalten. Unterstützung brauchen diese Räume nämlich nicht nur beim Verkehr. Damit die Agglomerationen ihr Potential entfalten können, muss man ihre Besonderheiten kennen und sie insbesondere auch in der Bundespolitik berücksichtigen. Dazu ist der Bund auch durch die Bundesverfassung verpflichtet: In Art. 50 Abs. 3 steht, dass der Bund die besondere Situation der Städte, Agglomerationen und der Berggebiete zu berücksichtigen habe.

Es ist ja nicht so, dass der Bund überhaupt kein Gehör für die Anliegen der Städte und Agglomerationen hätte, wo immerhin die grosse Mehrheit der Bevölkerung wohnt, lebt und arbeitet. Wenn ich an frühere Jahresmedienkonferenzen des Städteverbandes denke, bin ich heute zufriedener als auch schon. In einigen zentralen Geschäften wurden die Forderungen unseres Verbandes berücksichtigt:

- Bei der STAF hat das Parlament eine verbindliche Gemeindeklausel aufgenommen, die von den Kantonen klar und deutlich fordert, dass sie die Steuerausfälle der Städte und Gemeinden abgeben müssen. Die Kantone sind nun dank dem Gemeindeartikel gehalten, diese Reform ausgewogen und fair umzusetzen.
- Bei der NFA hat das Parlament anerkannt, dass die Städte spezifischen, effektiv anfallenden Lasten bisher deutlich schlechter abgegolten wurden als diejenigen Lasten, die im Berggebiet anfallen. Mit der NFA-Reform wurde ein erster Schritt zu einer Korrektur gemacht – auch wenn die Lasten weiterhin ungleich stark abgegolten werden.
- Nach einigem Hin und Her ist nun klar, dass Städte und Gemeinden weiterhin selber darüber entscheiden können, auf Hauptverkehrsachsen Tempo 30 auch aus Gründen des Lärmschutzes und eines gleichmässigen Verkehrsflusses einsetzen dürfen. Das Parlament hat erkannt, dass Kantone, Städte und Gemeinden am besten wissen, welche Höchstgeschwindigkeit an einem konkreten Ort die «beste» ist.
- Ebenfalls durchaus erfreulich ist der Entscheid des Parlaments, den Fonds de Roulement um 250 Millionen Franken aufzustocken. Damit können gerade auch in Städten und Agglomerationen auch in den kommenden Jahren Wohnungen von gemeinnützigen Bauträgern gefördert werden. Das Bevölkerungswachstum in den Agglomerationen kann nur mit einem intensiven Wohnungsbau absorbiert werden. Dabei soll auch der gemeinnützige Wohnungsbau eine Rolle spielen.

Ich möchte nun nicht weiter über die Agglomerationen sprechen, sondern die Agglomeration selbst sprechen lassen – oder zumindest eine Vertreterin und einen Vertreter aus diesen Räumen. Ich übergebe das Wort an Nationalrat Philipp Kutter.



## Teil 2 (nach Ph. Kutter und C. Wyssa): Forderungen und Abschluss

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Agglomerationen stehen zu Unrecht im Schatten. Wir haben heute gesehen, dass das Potenzial dieser Städte der Zukunft sehr gross ist. Sie sind «stille Schaffer». Sie stehen kaum im Rampenlicht, obwohl sie ähnliche Herausforderungen bewältigen müssen wie die Kernstädte. Sachgerechte Lösungen in den Agglomerationen sind für die künftige Entwicklung des ganzen Landes von grosser Bedeutung. Die Bundespolitik muss die Bedeutung der Agglomerationen anerkennen und sich um diese Räume kümmern – so wie es auch die Bundesverfassung verlangt. Die nächste Legislatur muss eine «Legislatur der Städte und Agglomerationen» werden. Der Städteverband ist das Sprachrohr der Städte und Agglomerationen und wird sich dafür einsetzen.

Der Bund hat die urbanen Herausforderungen der Agglomerationen bestätigt und in der Agglomerationspolitik 2016+ festgehalten. Die Bedeutung der Agglomerationen ist künftig noch stärker herauszuarbeiten. Geeignete Massnahmen sind daraus abzuleiten.

Beispielhaft für ein gewinnbringendes Engagement aller Staatsebenen zugunsten der Agglomerationen sind die 2008 etablierten Agglomerationsprogramme im Bereich Verkehr. Dank der Mitfinanzierung des Bundes sind regionale Projektorganisationen entstanden, die Projekte über die Gemeindegrenzen hinaus ermöglichen. Das Prinzip dieses Erfolgsmodells soll auch in anderen Politikbereichen mit grosser Verflechtung angewandt werden – etwa in der Sozialpolitik, der Integration, der Wirtschafts- und Finanzpolitik oder der Quartier- und Stadtentwicklung.

Zudem ist sicherzustellen, dass Entwicklungsmassnahmen in den Grossagglomerationen den Projekten im Perimeter der Neuen Regionalpolitik des Bundes finanziell gleichgestellt sind. Heute sind eine ganze Reihe von Kantonen und die Metropolitanregionen von der NRP schlicht ausgeschlossen. Von den Städten wird erwartet, dass sie selber Lösungen entwickeln, die Agglomerationen gehen gerne vergessen. Eine sinnvolle Regionalpolitik in der eng verflochtenen Schweiz entfaltet aber nur dann ihre Wirkung, wenn auch die urbanen Gebiete einbezogen werden.

Wir haben in den Referaten gehört, dass Kooperationen und Projekte, die über die Gemeindegrenzen hinausgehen, eine nachhaltige Entwicklung der ganzen Region ermöglichen können. Wir fordern Bund und Kantone deshalb auf, die Rahmenbedingungen für die Agglomerationen zu verbessern. Die Gesetzgebung muss einfach und zurückhaltend sein. Die Bürokratie darf gute, grenzüberschreitende Ideen nicht im Keim ersticken. Neben Erleichterungen braucht es zusätzliche Anreize für Kooperationen. Der Städteverband hilft mit, Dialoggefässe zu initiieren, die zur Zusammenarbeit anregen und gemeinsame Projekte ermöglichen.

Der Städteverband bündelt die Interessen und Anliegen von Kernstädten und Agglomerationen und bringt sie auf die politische Agenda. Philipp Kutter und ich haben hierfür bereits Vorstösse eingereicht. Im Herbst wird der Städteverband eine gross angelegte Umfrage zur Agglomerationsthematik durchführen. Die Resultate der Umfrage werden wir zu einer Agenda der neuen Legislatur aufbereiten und nach den Wahlen im Herbst präsentieren.